


# Sudan: Innenpolitik

14.02.2019 - Artikel 

## Verfassungsmäßiger Staatsaufbau

Sudan ist der Verfassung nach ein Bundesstaat, der 17 Bundesstaaten umfasst. Das Zentralstaatsprinzip ist gleichwohl stark ausgeprägt. Die Gouverneure der Bundesstaaten wurden bei den Regionalwahlen im April 2010 zum ersten Mal direkt gewählt.

Staatspräsident ist Feldmarschall Omar Hassan Ahmad al-Baschir. Er ist zugleich Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Vorsitzender des obersten Richterrates und Befehlshaber der Polizei. Er kann die Verfassung aussetzen und den Ausnahmezustand erklären.

## Zusammensetzung des Parlaments nach politischen Parteien

Die sudanesische Nationalversammlung wurde im April 2015 neu gewählt. Die Nationale Kongresspartei (NCP) stellt mit aktuell 323 von 426 Sitzen die mit Abstand größte Fraktion.

## Innenpolitische Themen

Im Oktober 2016 wurde der 2014 initiierte Nationale Dialog offiziell beendet. Der Dialog blieb von der Regierung dominiert, wichtige Oppositionsgruppen waren nicht beteiligt. Im März 2017 wurde Bakri Hassan Saleh, bereits seit 2013 Erster Vizepräsident, zum ersten Premierminister Sudans ernannt, nachdem diese Funktion 1989 abgeschafft worden war. Basierend auf den Ergebnissen des Nationalen Dialoges wurde im Mai 2017 eine neue Regierung unter Beteiligung der Dialogparteien gebildet. Bis 2020 soll eine neue Verfassung erarbeitet werden, außerdem sollen 2020 Präsidentschaftswahlen abgehalten werden.

Daneben spielen notwendige wirtschaftliche Anpassungen nach der Sezession Südsudans eine bedeutende Rolle. Nachdem mit der Sezession 75 Prozent der Öleinnahmen und rund 30 Prozent der staatlichen Einnahmen verloren gingen, leidet Sudan unter einer schweren Wirtschafts- und Zahlungsbilanzkrise. Auf dem Korruptionsindex 2018 von Transparency International belegt Sudan Platz 172 von 180.

Die bewaffneten Konflikte in den Bundesstaaten Darfur (seit 2003), Südkordofan und Blauer Nil (seit 2011) sind ungelöst. In den Jahren 2017 und 2018 kam es nach einseitigen Waffenruhen nur in der Region Jebel Marra zu regelmäßigen militärischen Auseinandersetzungen (seit Mai 2018). In beiden Jahren blieb eine Trockenzeitoffensive der sudanesischen Regierung aus; im März 2017 wurden auf beiden Seiten Kriegsgefangene freigelassen. Die Situation bleibt fragil, über 3 Millionen Menschen sind binnenvertrieben, davon knapp 2 Millionen in der Region Darfur.

## **Menschenrechte**

In Sudan bleibt die Menschenrechtssituation schwierig. Zwar wurde im Umfeld der Wahlen im Frühjahr 2010 und des Referendums im Januar 2011 eine gewisse Öffnung des politischen Raums zugelassen, vor dem Hintergrund der gewaltsamen Niederschlagung der jüngsten Proteste muss hier allerdings eine Neubewertung vorgenommen werden. Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit werden massiv eingeschränkt. In den letzten Jahren wurden einige Menschenrechtsorganisationen geschlossen oder werden an ihrer Arbeit gehindert. Zwar wurde die Pressezensur formell aufgehoben, weiter bestehende Selbstzensur, administrative Hindernisse und regelmäßige Beschlagnahmungen von Zeitungsausgaben verhindern eine wirkliche Pressefreiheit. Der Nationale Nachrichten- und Sicherheitsdienst (National Intelligence and Security Service – NISS) überwacht politische Gegner und kann missliebige Personen ohne richterlichen Beschluss verhaften. Ein Gesetz zum „Schutz der öffentlichen Ordnung“ wird immer zum Anlass genommen, vor allem Frauen zu verhaften und Bestechungsgelder zu erpressen.

In Darfur sind Verletzungen des humanitären Völkerrechts durch alle Parteien des Konfliktes (Armee, Milizen, Aufständische und „Banditen“) weiter an der Tagesordnung.

*Hinweis:*

*Dieser Text stellt eine Basisinformation dar. Er wird regelmäßig aktualisiert. Eine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben kann nicht übernommen werden.*